

**Rede  
des Sprechers für Haushalt und Finanzen**

**Philipp Raulfs, MdL**

zu TOP Nr. 8 und 9 – Abschließende Beratungen

**8) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Haushaltsgesetzes 2022/2023**

**(Nachtragshaushaltsgesetz 2022/2023)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/22

**9) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum  
Nachtragshaushalt der Haushaltsjahre 2022 und  
2023**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/23

während der Plenarsitzung vom 30.11.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute über den Nachtragshaushalt 2022/2023 sprechen, ist ein starkes Signal, ein Zeichen. Wenn Sie mich fragen: Es ist genau das, was die Menschen da draußen, auf der Straße, was die Vereine und Verbände und die Wirtschaft, was alle von uns erwarten. Ich will mich dem Dank all denen gegenüber anschließen, die dabei mitgeholfen haben, dass wir so weit gekommen sind und heute den Nachtragshaushalt auf den Weg bringen können. Herzlichen Dank.

Mit den Ansätzen in diesem Nachtragshaushalt sorgen wir nicht nur dafür, dass wir gemeinsam gut durch die Energie- und Flüchtlingskrise kommen. Indem wir auf die Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 619 Millionen Euro verzichten, beweisen wir auch Weitblick für die kommenden Jahre. Wir nutzen für den Nachtrag nämlich nur das Geld, das durch die Steuermehreinnahmen zur Verfügung steht, und geben es direkt an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Dieses Handeln zeigt ganz genau, bei wem das Land in guten Händen ist - und zwar nicht nur im Fall dieses Nachtrages, sondern auch fortlaufend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich mache weiter und will darauf hinweisen, dass wir im laufenden Verfahren - darüber wurde gerade diskutiert - einige Änderungsanträge bekommen haben: von AfD und CDU. Liebe AfD-Fraktion, der entscheidende Unterschied zwischen Ihrem Antrag und dem der CDU-Fraktion ist, dass die CDU-Fraktion die Fehler noch korrigiert hat. Sie haben die Fehler bis heute noch nicht erkannt, um das auch an dieser Stelle einmal deutlich zu sagen.

Die AfD nimmt ihren Änderungsantrag zum Anlass, alle Positionen zu streichen, die in irgendeiner Form mit Integration, Inklusion oder Vielfalt zu tun haben, um dann wie wild im Nachtrag das Geld irgendwie zu verteilen und an irgendwelchen Stellen Ansätze zu erhöhen. Das ist, wenn Sie mich fragen, für die AfD-Fraktion wenig überraschend und politisch sehr einfach durchschaubar. Ich will deutlich sagen - das ist in den Reden eben nicht deutlich geworden -: Es muss eine Krise gemanagt werden, und das haben Sie offensichtlich noch nicht verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion.

Der Änderungsantrag des Kollegen Thiele und der CDU-Fraktion ist hingegen mit einigen Überraschungen gespickt, wenn ich das mal so formulieren darf.

Dass Sie, liebe CDU-Fraktion, vor der Wahl versprochen haben, zu sparen, haben wir hinreichend mitbekommen. Von Ihrem Sparsinn ist in diesem Antrag aber nichts mehr übrig. Die Prioritäten haben sich ziemlich schnell verschoben. Statt allein mit den Steuermehreinnahmen die Krise zu bewältigen, wollen Sie

gleich mal an das landeseigene Sparschwein. Die 619 Millionen Euro aus der Rücklage werden fleißig verteilt.

Ich frage mich ernsthaft, wo die von Ihnen so oft erwähnte Vorsorge für schwierige Zeiten nach dem Nachtrag sein wird. Von uns wird dieses Geld nicht angetastet. Wir sind sehr, sehr gut beraten, wenn wir dieses Geld für die kommenden Jahre aufheben und gut vorsorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Des Weiteren werden kritisiert und häufig angesprochen die Förderrichtlinien, die wir auf den Weg bringen. Ich will eines deutlich sagen: Wenn wir nicht versuchen, es heute auf den Weg zu bringen, werden wir keine Chance haben, irgendeine Förder-richtlinie überhaupt noch im Jahr 2022 auf den Weg zu bringen.

Deshalb ist es ein richtiges Signal und eine gute Idee, diesen Nachtrag heute zu beschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dass es aber gar nicht so abwegig ist, noch in diesem Jahr Geld auszuzahlen, beweisen Sie ja selber mit Ihrem Änderungsantrag, indem auch Sie 100 Millionen Euro für 2022 bereitstellen wollen. So schlecht kann unsere Idee also gar nicht sein, dieses Jahr noch Geld auszuzahlen. Sie jedenfalls wollen das auch machen. Wir sind gemeinsam mit den Fachministerien fest entschlossen, dieses Jahr die Gelder auszuzahlen, und ich bin mir ziemlich sicher, dass wir das auch gemeinsam hinbekommen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Beim Thema Öl- und Pelletheizung - auch häufig angesprochen - wird der Eindruck erweckt, als hätten Rot und Grün noch nie von Öl- oder Pelletheizungen gehört und als seien Sie der Retter in der Not. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Richtig ist, dass es nur durch niedersächsisches Engagement gelungen ist, dass Privathaushalte, die finanzielle Mehrbelastungen nicht abfedern können, im Härtefallfonds des Bundes berücksichtigt sind.

Besitzer von Öl- und Pelletheizungen, die zu stark belastet sind, können Geld bekommen und werden von uns nicht im Regen stehen gelassen. Das ist ein gutes Signal.

Außerdem möchte ich noch zwei wichtige Hinweise zum Thema Bunkern machen. Sie haben gesagt, wir würden Geld für politische Versprechen bunkern.

An einer Stelle haben Sie natürlich recht - das haben wir auch im Ausschuss schon besprochen -: Wir lösen mit dem Nachtrag ein Versprechen ein, nämlich ein Sofortprogramm gegen die Energiekrise in diesem Land aufzulegen. Das haben wir vor der Wahl versprochen: 970 Millionen! Dieses Versprechen lösen wir eins zu eins ein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die von Ihnen angesprochenen Wünsche, für die wir angeblich bunkern würden, sind keine Wünsche. Vielmehr werden wir notwendige Investitionen tätigen. Wir sanieren damit unsere landeseigenen Gebäude, unterstützen die Wirtschaft - und führen übrigens auch Geld zurück, das wir vorher für das LNG-Terminal herausgenommen haben, das übrigens für den „Niedersächsischen Weg“ benötigt wird. Wenn man sagt, das Geld für den „Niedersächsischen Weg“ solle gestrichen werden, ist das kein gutes Vorgehen.

Zum Abschluss möchte ich nicht das Trennende, sondern eher das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Beratungen im Haushaltsausschuss, die sehr ambitioniert sind - wir haben gesagt, dass die Kennenlernphase dieses Mal ausgefallen ist; wir sind nämlich sofort in die Arbeit eingestiegen -, waren äußerst konstruktiv. Wir haben sehr gut beraten. Wenn Sie mich fragen: In jeder Diskussion war auf jeden Fall spürbar, dass wir alle gemeinsam schnell, unbürokratisch und gut helfen wollen.

Wir haben gemeinsam die Hinweise der kommunalen Spitzen aufgegriffen und diese im Gesetz entsprechend verankert. Wir haben gemeinsam besprochen, dass der Haushaltsausschuss regelmäßig unterrichtet wird und bei Umschichtungen von mehr als 5 Millionen Euro einzeln zustimmen muss. Das ist eine klare Stärkung des Parlaments und deshalb auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sollten gemeinsam an einem Strang ziehen und heute diesen Nachtrag auf den Weg bringen. Wenn Sie mich fragen, ist das das, was die Wählerinnen und Wähler uns an Verantwortung übertragen haben. Dieser Verantwortung sollten wir heute gemeinsam gerecht werden. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Haushalt und zum Haushaltsbegleitgesetz.

Herzlichen Dank